Aus der Region

Aus der Region: Schleswig-Holstein unterstützt das Anliegen der Ostfriesischen Inseln

Beigetragen von S.Erdmann am 01. Mai 2014 - 14:26 Uhr

In ihren Bemühungen, den Ausverkauf von Immobilien an Zweitwohnungsbesitzer zu stoppen und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum für Einheimische zu schaffen, sind die Inseln einen Schritt weitergekommen. Die Wohnproblematik war in der vergangenen Woche erneut Thema des insularen Erfahrungsaustausches, diesmal auf dem Festland in Harlesiel. Im Nachgang zur Inselkonferenz im Februar in Hannover (wir berichteten) war auch MdL Holger Heymann eingeladen.

Der Landtagsabgeordnete von der SPD mit einem sich über fünf der sieben Inseln erstreckenden Wahlkreis berichtete über Fortschritte in Sachen Änderung des Bundesbaugesetzes. So habe Niedersachsens Sozialministerin Cornelia Rundt ihrer Bundeskollegin Barbara Hendricks, die als Umweltministerin auch fürs Bauwesen verantwortlich ist, die Insel-Resolution zur Verhinderung von Bruchteilseigentum weitergeleitet. Wie sich schon in Hannover bei der Konferenz abzeichnete, unterstützt das Land die Inseln in dieser Sache.

Nun kommt auch Unterstützung aus dem ganz hohen Norden: Das Land Schleswig-Holstein mit seinen Inseln und Halligen will sich dem Anliegen der Ostfriesen anschließen. Der "Ausverkauf von Sylt" fand bundesweit bislang ja auch die größte mediale Beachtung. Heymann sieht nun gute Chancen, dass es im Bund zu einer Gesetzesinitiative kommt und die Küsten-Länder nicht den Umweg über den Bundesrat gehen müssen. Das Problem des Entzugs von Dauerwohnraum für Einheimische durch Verkauf und Nutzung der neuen Eigentümer als Zweitwohnungen - auch an Touristen vermietet oder ausschließlich selbst genutzt - ist längst kein Phänomen mehr allein von Urlaubsdestinationen: Auch attraktive Metropolen sind seit Jahren davon betroffen.

Und Heymann hatte in Harlesiel noch eine gute Nachricht: Rundt habe ein spezielles Programm zur Förderung von vergleichsweise günstigerem Wohnraum auf den Inseln angekündigt. Mittel würden im Haushalt zur Verfügung gestellt. Die Kommunen müssten in Hannover Anträge stellen, das Ministerium wolle im Einzelfall entscheiden, so der SPD-Politiker auf Anfrage des Inselboten.

TEXT: HARTMUT BRINGS/SPIEKEROOGER INSELBOTE